

Liebe Leserinnen und Leser,
hier ist mein Bericht von der Ratssitzung am 3.2.2011.

Aktuelle Anfragen

Aufgrund einer Anfrage der **SPD zur Nutzung des Rheinparks** für die Feier des 175-jährigen Firmenjubiläums der Provinzialversicherung erläuterte die Verwaltung, dass lediglich eine Teilfläche von 3000 qm des insg. 22.700 qm großen Rheinparks in der Zeit vom 15.6. bis 18.6. beansprucht wird. Gravierende Schäden werden nicht erwartet, der Landschaftsbeirat hat im November 2010 seine Zustimmung erteilt. Auf eine Anfrage der freien Wähler in der gleichen Angelegenheit erläuterte die Verwaltung, dass der Antrag der Provinzial am 3.10.2010 einging und am 22.11. durch den Landschaftsbeirat einstimmig genehmigt.

Mit **Wasserschäden in der Radstation** befasste sich eine Anfrage der SPD. Der Verwaltung ist seit Januar 2010 bekannt, dass Wasser aus dem darüber liegenden Parkhaus in die Fahrradstation eindringt. Allerdings war wohl keine Abdichtung vorgesehen. Die Fahrradstation hat Zeltdächer errichtet, um Fahrräder und Abstellanlagen zu schützen. Gleichwohl wird geprüft, welche weiteren Maßnahmen ergriffen werden können. Wirtschaftliche Schäden sind nicht eingetreten.

Anfragen

Aufgrund einer Anfrage der Freien Wähler zur **Schließung des Lehrschwimm- und Therapiebeckens in der Uni-Klinik** zum 1.4. führte die Verwaltung aus, dass ihr dies bisher nicht bekannt war. Nach Auskunft der Uniklinik sind betriebswirtschaftliche Gründe ausschlaggebend. Die Bädergesellschaft ist in Kontakt mit der privaten Schwimmschule, um Alternativen zu vermitteln.

Mit der **Arbeitsmarktstatistik** und der **Situation älterer und langzeitarbeitsloser Menschen** beschäftigte sich eine Anfrage von BÜ 90. Die Verwaltung erläuterte zunächst den Rückgang der Arbeitslosigkeit zwischen 2009 und 2010 um 0,5 % und der Langzeitarbeitslosigkeit um 0,4 %. Die Zahl der älteren Arbeitslosen (50-65 Jahre) erhöhte sich um 6,4 %. Allerdings meldeten sich die Älteren 2,8 % weniger arbeitslos als in 2009. Während in 2010 13 % der Arbeitslosen ihre Arbeitslosigkeit beendeten, fanden bei den Älteren sogar 22,3 % mehr eine neue Beschäftigung. Im Dezember 2010 waren neben den 27.916 arbeitslos gemeldeten Personen weitere 9.225 erfasst, davon 1.544 Hilfebedürftige, die nach dem 58. Lebensjahr mindestens für die Dauer von 12 Monaten eine Leistung der Grundsicherung bezogen haben, ohne dass ihnen eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung angeboten worden ist. In dieser Unterbeschäftigungsstatistik werden Personen erfasst, die an einer Maßnahme der Arbeitsmarktpolitik teilnehmen oder einen arbeitsmarktbedingten Sonderstatus haben. Die Verwaltung teilte mit, dass die Maßnahmen der Arbeitsförderung grundsätzlich allen anspruchsberechtigten Arbeitssuchenden offen stehen. In 2010 wurde über 500 Plätze in Projekten und Maßnahmen für ältere Arbeitslose bereitgestellt. Durch Teilnahme am Bundesprojekt „Perspektive 50 plus“ konnte für 2011 die Anzahl der Plätze auf 1923 erhöht werden.

Aufgrund einer Anfrage von CDU und FDP zur Entwicklung der **Schadowstraße** nach Inbetriebnahme der U-Bahn Wehrhahnlinie erläuterte die Verwaltung, dass ein erstes Gespräch zum grundsätzlichen methodischen Vorgehen mit der IHK, dem Einzelhandelsverband und dem Forum Stadtmarketing im Oktober 2010 stattgefunden hat. Als Parameter werden die Anbindung an den Kö-Bogen, die Steigerung der Einkaufsattraktivität und Aufenthaltsqualität, die Erreichbarkeit der Parkhäuser, der Lieferverkehr und die Auswirkung auf das angrenzende Straßensystem gesehen. Auf Nachfrage von BÜ 90 sagte der Oberbürgermeister zu, dass auch der Fahrradverkehr berücksichtigt wird.

Die SPD fragte vor dem Hintergrund der **Aussetzung des Zivildienstes** nach den Bundes- und Jugendfreiwilligendiensten bei der Stadt, der Jugendberufshilfe, der Zukunfts-

werkstatt und der Werkstatt für angepasste Arbeit. Die Verwaltung berichtete, dass 25 Zivildienststellen beim Umweltamt,, beim Schulverwaltungsamt (Förderschulen), beim Jugendamt und beim Gartenamt (Landschaftspflege Hexhof) bestehen. Im vergangenen Jahr waren 18 Stellen besetzt. Bei der Jugendberufshilfe und der Zukunftswerkstatt gab es 5 Stellen, die nicht besetzt waren. Bei der Werkstatt für angepasste Arbeit gab es 32 Stellen im Bereich der Pflege und Betreuung der Beschäftigten, von denen 10 besetzt waren. Zur Zeit wird die Ausbildungsplanung für 2012 erarbeitet. Hierbei soll dann auch der Bedarf für Freiwilligendienste ermittelt werden. Bei der Werkstatt für angepasste Arbeiten sollen 12 Stellen im Freiwilligen Sozialen Jahr und 2 Stellen im Freiwilligen ökologischen Jahr fortgeführt werden.

Bericht aus der Kleinen Kommission Wehrhahnlinie

Die Hochrechnung der Baukosten führt zu einer Steigerung von 29,4 Mio Euro (+ 6,3 %) gegenüber dem Bau- und Finanzierungsbeschluss, ein Änderungsbeschluss wird vorbereitet. Hinsichtlich der archäologischen Funde wurde ein Restraum im Bereich des Ostkopfes des Bahnhofes Heinrich-Heine-Allee (Kö-Ost/Corneliusplatz) ermittelt, der zu Ausstellungszwecken hergerichtet werden soll. Herr Beigeordneter Dr. Keller berichtete über die aktuellen Undichtigkeiten beim Aushub des Bahnhofs Graf-Adolf-Straße. Hier sind 1-2 cbm Erdreich durch Fugen zwischen den Schlitzwänden gerutscht. Aus Sicherheitsgründen wurde vorübergehend eine Fahrspur der Elisabethstraße gesperrt. Im Zuge der weiteren Sicherheitsvorkehrungen wird dies auch erneut in den nächsten Tagen vorübergehend erfolgen.

Bericht aus der Kleinen Kommission Kö-Bogen

Die Verwaltung berichtet über einen planmäßigen Ablauf, Kosten und Termine werden eingehalten. Durch modifizierte Planungen kann die Zahl der Gleisumschlüsse auf der Elberfelder Straße von 5 auf 3 reduziert werden, was zu Kostensenkungen führt. Mit der Umlegung der Fernwärmeleitung im Bereich der Berliner Allee wurde begonnen.

Bericht vom Eurovision Song Contest

Am 17.1. hat die Schlüsselübergabe im Apollo-Theater stattgefunden. Das Medieninteresse ist sehr groß. Der Bau des mobilen Stadions hat am 17.1. begonnen. Es wird mit einem Spiel der U17 Deutschland-Ukraine eröffnet. Es bietet 12.500 Sitz- und 7.500 Stehplätze, sämtliche überdacht. Zur Zeit wird die Nutzung des Stadions für public viewing für den ESC geprüft. Vorschläge für das Rahmenprogramm werden zur Zeit bewertet. Im März werden Vertreter der ersten Delegationen erwartet.

Anträge der Fraktionen

Der Antrag der freien Wähler, bei der Genehmigung von **Trödelmärkten** den Verkauf von Kriegs- und Gewalt verherrlichenden Spielzeugen, die durch täuschend echte Optik Missverständnisse verursachen können, sowie Gegenstände aus der nationalsozialistischen Zeit zu verbieten wurde von CDU, FDP, SPD, BÜ 90 abgelehnt (Nichtteilnahme Linksfraktion). Die Verwaltung hatte zuvor erklärt, dass dies kraft Gesetz verboten ist.

Auf Antrag von CDU und FDP beschloss der Rat bei Enthaltung der Linksfraktion die Verwaltung zu beauftragen, in Gesprächen mit der Deutschen Bahn darauf hinzuwirken, dass Düsseldorf im Rahmen der geplanten **ICE-Direktverbindungen nach London** berücksichtigt wird.

Der Antrag der SPD, zu den **Anregungen des Bundes Deutscher Architekten (BDA) Düsseldorf zum Projekt Kö-Bogen** (offener Brief aus Dezember 2010) Stellung zu nehmen, wurde von CDU, FDP (Enthaltung freie Wähler) mit Bemerkungen wie, das wäre sachlich nicht ganz richtig und wer auch immer hier seine Meckerei vortragen will, abgelehnt. Die Verwaltung erklärte den Antrag für überflüssig, weil sie dies als Stellungnahme im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung „Kö-Bogen II“ würdigt und dann auch dem Rat zur Kenntnis gibt. Die FDP erklärte die Anregungen des BDA als spießige Planung, der Kö-Bogen II wird kommen, ob da Briefe kommen oder nicht.

Der Antrag der SPD, der **„Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene“** beizutreten, innerhalb der nächsten zwei Jahre einen Gleichstellungs-Aktionsplan zu erarbeiten und Schritte zur Umsetzung einzuleiten, wurde als Wasserkopf und der Sache nicht dienlich bezeichnet und von CDU, FDP, freien Wählern (2) bei Enthaltung 1 freie Wähler abgelehnt.

Ein Antrag der Linken, die Mitglieder des Bundestages aufzufordern, bei der Einbringung des Gesetzentwurfes zur **„Vereinheitlichung Beschleunigung von Planfeststellungsverfahren“** darauf zu achten, dass die Beteiligungsrechte der BürgerInnen nicht eingeschränkt werden, wurde ebenso von CDU und FDP abgelehnt (Enthaltung freie Wähler) wie die Ergänzung von SPD und BÜ 90, die Landesregierung aufzufordern, dem nicht zuzustimmen und Vorschläge für eine bürgerfreundlichere Handhabung von Planfeststellungsverfahren für die Beratung im Bundesrat vorzuschlagen.

Der Antrag von BÜ 90, maximal drei **Sonntagsöffnungen** pro Stadtteil im Rahmen von Stadtteilstesten und Weihnachtsmärkten zu genehmigen wurde von der FDP mündlich abgelehnt. Nachdem die CDU Beratungsbedarf anmeldete, zog BÜ 90 den Antrag zurück ebenso wie die SPD ihre Ergänzung, das Verfahren so zu gestalten, dass der Rat zu Beginn eines Jahres über alle Sonntagsöffnungen entscheiden kann. Auch der Antrag der Linken, keine Sonntagsöffnungen mehr zu genehmigen, stand dann nicht mehr zur Abstimmung.

Der Antrag von BÜ 90, die Verwaltung zu bitten, während der **Frauenfußball-Weltmeisterschaft** an einem zentralen Ort ein **Public Viewing** zu initiieren, wurde von CDU, FDP und freien Wählern abgelehnt. Über den Änderungsantrag von CDU und FDP, durch den die Verwaltung aufgefordert wird, private Investoren bei ihrem Vorhaben, ein Public Viewing an geeignetem Ort mit Rahmenprogramm anzubieten, zu unterstützen, wurde dann nicht mehr abgestimmt.

BÜ 90 beantragte, einen Leitfaden zu entwickeln für den Einsatz und die Beschaffung von sicheren und qualitativ hochwertigen Lebensmitteln, wobei biologische, saisonale, regionale und fair gehandelte Lebensmitteln berücksichtigt und gentechnisch veränderte Lebensmittel (auf Anregung der Linksfraktion) ausgeschlossen werden sollen. Der **Leitfaden soll Grundlage für die Beschaffung und den Einsatz von Lebensmitteln in den städtischen Kantinen und Veranstaltungen** werden und bei Verträgen mit Zuliefern für städtische Einrichtungen, in den gastronomischen Betrieben in städtischen Immobilien und städtischen Tochtergesellschaften berücksichtigt werden. Geeignete Controllingmechanismen sollen vorgeschlagen werden. Die FDP möchte es jedem selbst überlassen, wie er sich ernährt, und führte die Unterstützung von Bio-Firmen bei einer zentralen Aktion von BÜ 90 als Argument gegen den Antrag an (diese war aber durch Bauernverbände initiiert worden). Die CDU nannte die aktuellen Lebensmittelskandale Terror an der Bevölkerung und forderte die Länder und den Bund auf, die bestehenden Gesetze zu überwachen. Die Linke wunderte sich, dass sich die FDP über eine Unterstützung von BÜ 90 durch Firmen beklagte, und fragte, ob evt. die Mehrwertsteuer für Kindergartenverpflegung gesenkt worden wäre, wenn diese Firmen (analog dem Beispiel Hotel-Mehrwertsteuer) stattdessen die FDP gesponsort hätten. Der Antrag wurde von CDU und FDP abgelehnt.

Der Antrag von BÜ 90, zur nächsten Schulausschuss eine Liste der dringlichsten Projekte zur **Verwirklichung des Ganztages** im Schulbereich vorzulegen, wurde von CDU und FDP (Enthaltung freie Wähler) abgelehnt.

Personalien

Der Rat

- bestellte die stimmberechtigten Abgeordneten zur Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Stuttgart. Die SPD wird durch Markus Raub vertreten;

- erklärte sein Einverständnis, dass Herr Beigeordneter Kruse die Funktion des ersten stellvertretenden Vorsitzendes des Vorstands des Vereins Digitale Stadt Düsseldorf übernimmt (Enthaltung Linke);
- ersetzte ein Mitglied von BÜ 90 im Aufsichtsrat der Düsseldorf Marketing & Tourismus GmbH (einstimmig).

Verwaltungsvorlagen

Der Rat nahm den Entwurf des **Jahresabschlusses zum 31.12.2009** inklusive des Lageberichtes zur Kenntnis und leitete ihn an den Rechnungsprüfungsausschuss zur Prüfung weiter.

Investitionen

Der Rat beschloss die Ausführung und Finanzierung des Projektes

- **Oper, Erweiterung des Orchestergrabens.** Die Erweiterung ist notwendig, da in Folge der begrenzten Größe des Orchestergrabens gesundheitliche Schäden bei den Musikern auftreten und die Entfluchtung im Notfall erschwert ist. Gemäß der Festlegung im Bedarfsbeschluss wird eine induktive Höranlage installiert. Das Angebot von Behindertenplätzen wird von 4 auf 8 erweitert, indem gut anfahrbare Plateaus für Rollstuhlfahrer geschaffen werden. Die Kosten gegenüber dem Bedarfsbeschluss steigen von 1,835 auf 2,297 Mio. Hiervon entfallen rd. 120.000 Euro auf die Maßnahmen zur Verbesserung der Barrierefreiheit (gegen freie Wähler, Enthaltung Linke); ein Antrag der Linken, die Anzahl der Behindertenplätze auf 14 zu erhöhen, wurde von CDU, FDP, freie Wähler abgelehnt;
- **Neubau Kindertagesstätte und Jugendfreizeiteinrichtung Marc-Chagall-Straße** mit investiven Kosten von 5,1 Mio Euro, Zuschuss des Investors aufgrund des städtebaulichen Vertrages ca. 2,8 Mio Euro. Im Bereich der „Neuen Stadtquartiere“ auf dem Gelände des ehemaligen Güterbahnhofs Derendorf werden am Rand des Stadtgartens eine eingeschossige Kindertagesstätte mit vier Gruppen und an der Marc-Chagall-Straße eine zweigeschossige Jugendfreizeiteinrichtung errichtet. Baubeginn ist im 2. Quartal 2011, Fertigstellung im 3. Quartal 2012 vorgesehen (einstimmig).

Baurecht

Der Rat beschloss einstimmig

- Eine Veränderungssperre für das Gebiet **nördlich Nach den Mauresköthen (Geresheim)**. Im Juni 2010 wurde die Aufstellung von Bauleitplänen beschlossen, mit dem Ziel, ein Sondergebiet mit der Zweckbestimmung als Bau- und Gartenfachmarkt mit einer Beschränkung der Flächen für zentrenrelevante Sortimente auszuweisen. Für das Gebiet liegt ein Bauantrag für zusätzliche Flächen mit zentrenrelevanten Randsortimenten innerhalb der vorhandenen Verkaufsflächen vor, durch die die Fläche für zentrenrelevante Randsortimente auf 2500 qm steigen würde. Die würde sich negativ auf die städtebauliche Entwicklung des benachbarten Zentrums Heyestraße auswirken.

Während der langen Sitzung kann die Aufmerksamkeit schon mal etwas nachlassen. Deshalb können mir durchaus Fehler unterlaufen, insbesondere bei den Abstimmungsergebnissen. Insofern darf ich hier auf die offizielle Niederschrift der Ratssitzung verweisen.

Mit freundlichen Grüßen
Helga Leibauer

V.i.S.d.P.: Helga Leibauer, Am Pesch 28, 40625 Düsseldorf, Tel.: 0211 – 29 82 20,
Email: helgaleibauer@arcor.de